

# Breslauer Zeitung.



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 8 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalsb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 37. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 23. Januar 1880.

## Samoa.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. d. M. ist die Samoa-Frage beiläufig erörtert worden. Mit maßgeblichem Effecte freilich nicht, denn nicht das preussische Abgeordnetenhaus, sondern der deutsche Reichstag bildet das Forum, welches über die jüngst inaugurierte Colonialpolitik des Kanzlers zu urtheilen hat. Indessen ein interessantes Novum hat die Abgeordnetenhäuser-Verhandlung bereits ans Tageslicht gefördert: die Thatsache nämlich, daß die Finanzierung der Südsee-Gesellschaft von demselben Consortium besorgt wird, welches die mit dem Staats-Eisenbahnerwerb in Zusammenhang stehenden großen finanziellen Transactionen für die preussische Staatsregierung ausführt. Es sind im Ganzen 17 in Berlin, Köln, Bremen und Frankfurt a. M. domicilirte Bankfirmen, mit der preussischen Seehandlung an der Spitze. Finanzminister Bitter erklärte die volle Verantwortlichkeit tragen zu wollen für diese neueste überseeische Unternehmung des Seehandlungsinstituts. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß ihm diese Verantwortlichkeit keine schlaflosen Nächte bereiten wird. Nicht bloß weil die preussische Ministerverantwortlichkeit im hohen Grade lex imperfecta ist, sondern weil es hierbei überhaupt für den Ressortchef der Seehandlung nichts zu verantworten giebt.

Wenn Fürst Bismarck zur Feder greift, um einer Actiengesellschaft den Pachtbrief zu schreiben, so möchte es sonderbar zugehen, wenn die erforderliche Summe nicht gezeichnet werden sollte. Acht Millionen waren zu zeichnen, elf Millionen sind gezeichnet worden. Das Resultat würde wahrscheinlich unter den obwaltenden Umständen gleich befriedigend ausgefallen sein, wenn es sich um die doppelte oder dreifache Summe gehandelt, ja selbst dann, wenn die in Aussicht gestellte Reichs-Zins-Garantie gefehlt hätte.

Der Herr Fürst-Reichskanzler stellt dem Banquier-Consortium des Herrn Bitter das Zeugniß aus, daß es ein „nationales Interesse“ vertritt, indem es zu Gunsten der „Deutschen Plantagen-Gesellschaft in der Südsee“ intervenirt. Da müßte doch der Fürst Bismarck nicht eben Fürst Bismarck sein, wenn die Zeichnungen die gewünschte Höhe nicht hätten erreichen sollen. Bestreblich bleibt es bloß, daß die 17 Firmen, welche die Deutsche Südsee-Gesellschaft finanziren, die Aktien nicht bald selbst behalten haben. Diese Firmen befinden sich im Besitz sehr eigenartiger und hervorragender Vertrauensstellungen, und wir finden mit dem Abgeordneten Richter, daß hier ein Fall vorliegt, wo es mit Recht heißt: noblesse oblige!

Wenn der Fürst-Reichskanzler in seinem Beobachtungsatte für die Siebenziger und ihre Gründung hervorgehoben hat, daß auch das „kleine Capital“ wegen des obwaltenden nationalen Interesses von den Zeichenellen nicht fern bleiben möge, so vermuthen wir, daß bei der Ueberzeichnung (die vorauszusehen war) die kleinen Zeichnungen nicht gerade sehr berücksichtigt werden dürften.

Ein näheres Eingehen auf die Actien-Unternehmung selbst und vorbehaltend bis zur Beratung des Gegenstandes im Reichstag, glauben wir uns heute auf einige Andeutungen hinsichtlich der in Betracht kommenden Verhältnisse beschränken zu sollen.

Samoa erscheint in diesem Jahre zum ersten Male in dem diplomatisch-statistischen Jahrbuch, welches dem kaiserlichen Postalender beigegeben und wie mäßig bekannt, von einer Reihe der illustrierten Gelehrten redigirt ist. Diese Ehre widerfährt der kleinen Inselgruppe im stillen Ocean lediglich um des Willen, weil das mächtige Deutsche Reich unterm 24. Januar v. J. mit den Herren Amtsvorgängern des kleinen Königs Malietoa, ihren Excellenzen den Herren Taimua und Faipule, einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, welcher deutschen Staatsangehörigen auf den 3011 Quadratkilometern Gesamtareal der Inselgruppe gleiche Rechte mit den meistbegünstigten Nationen zusichert.

Von dem Gebietsumfange der Samoainseln erlangt man eine annähernd richtige Vorstellung, wenn man erwägt, daß derselbe etwa  $\frac{1}{6}$  des Flächeninhaltes vom Herzogthum Braunschweig oder  $\frac{1}{10}$  des königlichen sächsischen Staatsgebietes ausmacht. Die Gesamtbevölkerung beträgt nach der Zählung von 1874 34,265 Eingeborene und circa 2500 Fremde. Nach neueren Nachrichten aus San Francisco wurde Se. Majestät Malietoa leider in einen unangenehmen Conflict verwickelt mit dem amerikanischen Abenteurer General Bartlett, der nichts Geringeres beabsichtigt zu haben scheint, als sich selbst an die Stelle des Günstlings der Consuln zu setzen. (Malietoa besitzt außer der Freundschaft des deutschen Reichs, auch diejenige Amerikas und Englands.) Der Empörer Bartlett ist zwar des Landes verwiesen worden, aber seine Anhänger setzen die Verschönerung fort. Nach einem Bericht aus S. Francisco d. d. 4. December 1879 sind sowohl die königlichen als die ausländischen mit Zündnadelgewehren bewaffnet, welche von deutschen Exporteuren nach Samoa verkauft wurden.

Die Angaben über den Handelsverkehr der Samoainseln lauten nicht günstig. Er wird in dem von uns benutzten Jahrbuch gemeinschaftlich mit demjenigen der benachbarten Tongainseln im Jahre 1877 auf 1,587,420 Mk. Einfuhr und 2,503,400 Mk. Ausfuhr beziffert. Von der Einfuhr treffen auf Deutschland 1,247,420 Mk. und von der Ausfuhr 2,216,800 Mk. Die Tongainseln, mit deren königlichem Herrscher Deutschland auch einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, sind so klein, daß ihr Antheil an dem vorstehenden Verkehr nicht wesentlich in Betracht kommt.

Was die Hafenfrage anlangt, so haben die errichteten internationalen Verträge den Vereinigten Staaten von Nordamerika den Hafen Pagopago auf Tutuila und dem Deutschen Reich den Hafen Saluafata auf Upolu überwiesen, während England später das Recht erhielt, sich eine qualifizierte Marinestation ganz nach eigenem Ermessen auszuwählen zu dürfen.

Der Godeffroy'sche Besitz resp. die Niederlassung der „Deutschen Plantagen-Gesellschaft in der Südsee“ ist nun allerdings nicht unerheblich. Er umfaßt, so viel uns bekannt, etwa 100,000 englische Acres oder 40,490 Hectaren. Was aber für die jetzigen Erwerber vielleicht noch von besonderer Wichtigkeit, das ist der Umstand, daß die Godeffroy'sche Besitzung auf der Insel Tutuila unmittelbar heranzieht an die amerikanische Marinestation Pagopago. Der Hafen von Pagopago soll sozusagen den Schlüssel zur ganzen Samoagruppe bilden, und hätten die Amerikaner hier nicht bereits festen Fuß gefaßt, als Deutschland dazu schritt, Marinestationen in Polynesien anzulegen, so würde wahrscheinlich das Augenmerk unserer

Seelente nicht auf Saluafata, sondern auf Pagopago gerichtet gewesen sein.

Um eine Erwerbung der Samoainseln als deutsche Colonie in Aussicht zu nehmen, dazu ist dieses Inselgebiet zu klein und die Entwicklungsfähigkeit seines Seehandels zu unbedeutend. In den Häfen der Samoa- und Tongagruppe liefen ein und aus

1876 149 Schiffe, davon 89 deutsche,  
1877 136 „ „ 65 „

Der Hauptausfuhrartikel ist „Kopra“, d. h. zerschnittene Cocoskerne, welche erst im Ausschiffungshafen gepreßt werden, also außer dem Del einen nutzbaren Nebenstoff geben. Mit einem Wort: es würde unseres Erachtens niemals lohnen, Samoa zu annektiren. Bedenkt man aber, daß die z. Z. bestehenden Staatsverträge die Gleichberechtigung der drei hauptsächlichsten fremden Mächte aussprechen, so liegt hier in der That die schönste Gelegenheit vor, internationale Bestimmungen und Conflicte hervorzurufen, wenn man den feurigen Liebhaber jener schaumgeborenen Schönen spielt.

Wir stehen nicht auf dem Standpunkte des Reichstagsabgeordneten Bamberger der jede Colonialpolitik des Deutschen Reichs, heute, wie für alle Zukunft, negirt. Aber wir möchten doch erinnern an die sehr beherzigenswerthen Worte, welche dieser Parlamentarier bei der Debatte über den Samoavertrag vom 13. Juni v. J. sprach:

„Daß die Regierung jetzt, da sie eine Flotte besitzt, die Kaufleute unterstützt, wollen wir auf alle Weise befürworten; ehe wir uns aber zur Erwerbung von Colonien entschließen, werden wir uns wahrscheinlich noch lange streiten müssen. Der Vortheil von Colonien bestand bisher darin, daß man den Colonien den Handel mit jedem andern als dem Mutterlande verbot und sie gewissermaßen als Leibeigene des Mutterlandes durch allerlei Einschränkungen ausbeutete. Dies ist heute nicht mehr möglich und die Unabhängigkeit der Colonien, zu welcher die meisten Colonialhändler sich bequemen mußten, wird in Zukunft immer mehr zunehmen. Das größte Colonialland, England, strebt diesem Ziele seit 30 Jahren zu. Während man also diese schlimmen Vortheile aufgibt, hat man andererseits von der Entwicklung von Handel und Verkehr, wenn man sie mit einer Kriegsmarine vertritt, nur die Nachteile. Man kommt bei dem lebhaften Verkehr in den entferntesten Welttheilen sehr leicht in Verwicklungen, welche die Ehre einer Nation engagiren, und wenn eine Nation so groß dasteht, wie jetzt die deutsche, so kann sie sich beispielsweise nicht wehren, wie es vor einem oder anderthalb Jahrzehnten geschah, von Risspiraten mißhandelt zu lassen; wäre einmal der Ehrenpunkt angegriffen, dann wäre hier im Reichstage mit keinem Wort davon zu reden, ob man seine Fahne aufrecht erhalten und verteidigen muß, es koste, was es wolle.“

Damals — es ist kaum länger als ein Halbjahr her — vertrat der Abgeordnete Bamberger mit seiner Aeußerung noch Regierungspolitik; — wer vermag zu sagen, ob eine ähnliche Ausführung, bei nächster Gelegenheit im Reichstage vorgebracht, Seitens der dienstbestimmten Officialen nicht als reichsfeindlich gekennzeichnet werden wird??

## Breslau, 22. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Schanksteuer-gesetz vollständig zu Grabe getragen, und die Regierung erlitt eine Niederlage, wie sie selten dagewesen. Bekanntlich hatte sie in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen, den Ausschank von Bier, Wein und Branntwein zu versteuern; die Steuer für Bier- und Weinausschank war schon in der Commission gefallen; es blieb also bloß die Steuer für Branntwein. Aber auch diese fiel im Plenum. Damit war das ganze Gesetz gefallen. In solchen Fällen war gewöhnlich vom Ministerium das Gesetz zurückgezogen worden, weil die Durchberatung der einzelnen Paragraphen keinen Sinn mehr hatte, wenn das ganze Princip des Gesetzes gefallen war. Trotzdem bestand in dem gestrigen Falle das Ministerium auf der Durchberatung, und nunmehr wurden alle einzelnen Paragraphen abgelehnt. Darin bestand die eigentliche Niederlage des Ministeriums. Unser Breslauer Abgeordnete Meyer hatte übrigens in sehr humoristischer Weise für die Commissionvorlage, d. h. für die Besteuerung des Ausschanks von Branntwein, nicht von Bier und Wein, gesprochen.

In Oesterreich stehen die Gerüchte über eine bevorstehende Veränderung des Ministeriums auf der Tagesordnung. Namentlich sind es die polnischen Blätter, welche eine stärkere Vertretung der Polen im Cabinet verlangen. Sehr bezeichnend für die Situation ist ein Artikel des „Gazet“. Er sagt, die Polen seien der Schwerpunkt der Majorität, diese sei auf jener Seite, auf welcher die Polen stehen. Bis jetzt haben die Polen sich stets mit dem platonischen Siege begnügt und denselben nie auszunützen verstanden. Dies aber sei noch ärger denn eine Niederlage. Der Antheil an der Regierung, welchen die Polen durch den Minister aus Galizien nahmen, sei ihnen gewährt worden für den Fall ihrer Minorität, nicht aber für den Fall, daß sie die Majorität haben. Der Posten des galizischen Ministers sei bloß die Anerkennung und Sanctionirung der Bedeutung, welche das Kronland Galizien in der Monarchie habe. „Ob nun Complettirung oder Neubildung des Cabinets“, schließt der „Gazet“, „das Erste und das Wichtigste ist, daß die Polen sich den Antheil an der Regierung sicherstellen, der ihnen nach ihrer Bedeutung in der Reichsvertretung gebührt; das ist zugleich das Geheimniß der ganzen Situation und darin liegt der Ausweg aus derselben. Ohne entsprechenden Antheil der Polen an der Regierung werden alle Combinationen hinfällig. Die Ungarn, die bis jetzt die erste Stelle und Bedeutung behaupteten, haben aus Gründen, über die wir uns wahrlich nicht freuen, von ihrem Einflusse einen Theil eingebüßt. Die natürlichsten Erben, nicht dieser Stellung, sondern dieses Theilchens von Einflusse, sind einzig und allein die Polen, die wie die Ungarn das dynastische und conservative Element nach innen und das anti-panslavistische Element nach außen bedeuten.“

Auch Agram hat vor einigen Tagen seinen Straßenkrawall gehabt, der jedoch bescheidene Dimensionen nicht überschritt. Die sogenannte Rechtspartei, die sich zunächst gegen die bestehende staatliche Ordnung in der Monarchie kehrt, beginnt sich zu fällen. Sie tritt neustens in Agram selbst mit einer gewissen Zuredigkeit auf, und da das Organ der Nationalpartei, „Obzor“, ihrem Treiben nicht ruhig zusehen will, so inscenirten Studenten, in deren Reihen die Rechtspartei zahlreiche Anhänger gefunden, am Sonntag tumultuarische Auftritte vor der Expedition dieses Blattes. Die Polizei machte jedoch denselben bald ein Ende.

Die in jüngster Zeit durch die europäische Presse laufenden Gerüchte von einer Aussöhnung Australiens mit den Polen wurden in Petersburg wohlunterrichteten Kreisen mit großer Ungläubigkeit aufgenommen. Thatsächlich, wird einem Londoner Blatt aus Petersburg über diese Frage geschrieben, hat die russische Regierung entfernt nicht die Idee, von ihrer tra-

ditionellen Politik in Polen abzuweichen. Erst vor wenigen Tagen äußerte eine sehr einflußreiche hiesige Persönlichkeit gegen einen Diplomaten: „Wir sind überzeugt, daß das einzig mögliche System in Polen das von uns befolgt ist.“ Der Kaiser selbst äußerte sich in Warschau dem General Koberg, dem General-Gouverneur Polens, gegenüber, als Letzterer auf die lokale Haltung der Polen hinwies: „Lassen Sie sich doch ja nicht von den Polen durch — Gairlanden fangen.“ Diese Worte enthalten das Programm der gegenwärtigen und zukünftigen russischen Politik in Polen. Die Regierung fürchtet keineswegs die Gefinnungen der gebildeten Klassen des Landes und glaubt fest, daß die polnischen Regimenter, welche der Blüthe der ländlichen Bevölkerung entnommen sind, ihre Pflicht thun werden. Was die industrielle Bevölkerung betrifft, die unter Umständen gefährlich werden könnte, so ist dieselbe derzeit so sehr durch die Entwicklung der Industrie in Anspruch genommen, daß keine Schwierigkeiten nach dieser Seite hin befürchtet werden; diese Sicherheit wird noch vermehrt durch die sorgfältigste Instandsetzung und Ausdehnung der Landesfestungen.

Die von der Curie in Betreff der Schweiz gefassten Beschlüsse haben, wie eine römische Correspondenz der „N. Fr. Ztg.“ sagt, zu falschen Gerüchten Anlaß gegeben. Die Wahrheit dürfte indes, derselben Correspondenz zufolge, folgende sein: Der Hauptgrund der Feindseligkeit zwischen der Curie und der schweizerischen Conföderation rührt von der Ernennung des Mgr. Mermillod zum apostolischen Vicar von Genf her. Die Regierung wollte diese Ernennung nicht anerkennen und als der apostolische Vicar sein Amt ausüben wollte, wurde er aus dem Lande verwiesen. Dieser Streit und andere Ursachen veranlaßten den Bruch, der noch zwischen der Schweiz und der Curie fortbauert. Leo XIII., der mit allen Staaten Unterhandlungen angebahnt hatte, konnte die Schweiz nicht bei Seite setzen. Es war ohne Zweifel nicht leicht, mit der Regierung dieses Landes ein Einvernehmen zu erzielen, wiewohl ein Theil der Bevölkerung solches wünschte. In Folge dessen hat die Curie durch Vermittelung der Congregation der Bischöfe und Regulären allen Pfarrern der Schweiz, welche ausgewiesen waren, den Befehl zugesendet, auf ihre Posten zurückzukehren, und ihnen besondere Instruction ertheilt, von der Concession Vortheil zu ziehen, welche ihnen die schweizerische Regierung gemacht hatte durch die Erlaubnis ihrer Rückkehr unter der Bedingung, daß sie sich den Staats-Gesetzen unterwerfen. So konnten denn auch mehrere Pfarrer wieder in ihre Pfarreien zurückkehren. Es blieb noch die Frage der Stadt Genf; der Bischof von Lausanne durfte sich auf Befehl der Curie nicht mehr in die religiösen Geschäfte Genfs mischen, seitdem Mgr. Mermillod zum apostolischen Vicar ernannt worden war. Es mußte also eine Mittel gefunden werden, die Empfindlichkeit der Regierung nicht zu reizen und die Rechte der Curie zu wahren. Aus diesem Grunde wurde Mgr. Cusandou zum Bischof von Lausanne und Genf ernannt und so befinden sich die Sachen in dem Stande, in dem sie sich vor der Ernennung Mermillods befanden, der den Titel eines apostolischen Vicars ad honorem beibehalten wird, bis er von der Regierung der katholischen Kirche von Genf in diese Stellung ernannt werden wird.

Ueber die Verhandlungen zwischen dem Vatican und Deutschland bemerkt ein römisches Telegramm der „N. Fr. Ztg.“ vom 20. d. Mts., daß dieselben still zu stehen scheinen. Der Papst, sagt sodann das Telegramm, wörtlich hinzu, hat, nachdem die directe Zulassung der Jesuiten abgelehnt worden war, auf dem Vorschlage bestanden, daß Deutschland dem Orden allgemeinere Bedingungen zugeschießen solle, unter deren Schutz die Jesuiten sich stillschweigend hätten wieder einschleichen können. Man ist vor der Frage angelangt, ob man nicht die Verhandlungen vorläufig als gescheitert betrachten soll. Daraus erklärt sich der Versuch der „Aurora“, dem Reichskanzler die Verantwortung zuzuschreiben, sowie die Abwehr der „Provinzial-Correspondenz“.

In Frankreich haben die Demonstrationen und Aufregungen, denen sich die der Caspagnac'schen Richtung ergebenden Bonapartisten in den jüngsten Tagen hingegeben hatten, namentlich aber die vom „Pays“ ausgegangene Aufforderung zu wiederholten Kundgebungen, die Blätter des Prinzen Napoleon Jerome zu folgender Mittheilung veranlaßt: „Es ist unmöglich, ohne Einrede den Artikel des „Pays“ vom 20. Januar vorbeigehen zu lassen, der einen unvorhergesehenen Aufruf zu fruchtlosen Wählerreien für eine Agitation ohne endgiltigen Charakter und ohne ein praktisches Ergebnis enthält. Gegenüber der wenig maßvollen Sprache des „Pays“ fordern wir unsere Freunde auf, sich gegen diese Aufregungen zu wappnen, die wir höchlich mißbilligen. Unsere Politik ist durchaus der Politik Caspagnac's entgegen gesetzt, und wir sind in der Lage, daß wir, indem wir dies versichern, nicht von dem Prinzen, der gegenwärtig das Haupt der Familie Bonaparte und der Partei der Verfassung aus Volk ist, Lügen gestraft werden. Suchen wir uns demnach deutlich von den Theorien loszusprechen, welche im Widerspruch mit dem Manifest und mit der weisen, nationalen Haltung stehen, die eine große Partei unter der Führung eines Hauptes wie der Prinz Napoleon einnimmt.“ Diese Erklärung erfolgte, wie ein Pariser Telegramm der „N. Fr.“ vom 20. d. noch bemerkt, weil seit demselben Sonntag ernstlich von der Ausweisung des Prinzen Napoleon die Rede war.

In England hat der Vicepräsident des obersten Unterrichtscomites, Lord George Hamilton, kürzlich in einer Rede eine bei einem Unterrichtsminister jedenfalls feltene Vertraulichkeit mit den russischen Intriguen in Afghanistan an den Tag gelegt. Wie nun der „Frankfurter Zeitung“ aus London telegraphirt wird, soll Lord George Hamilton bestimmt sein, an Stelle Lord Lyttons zum Vizekönig von Indien ernannt zu werden. Wenn sich diese Meldung bestätigt, so würde sie erklären, warum der bisherige Unterrichtsminister sich so angelegentlich mit der central-asiatischen Frage beschäftigt hat. Die Nachrichten aus Afghanistan lauten wenig tröstlich. Die Engländer erwarten einen neuen Angriff auf Kabul, dessen Umgebung General Roberts stark besetzte. Der Balabassar selbst wurde von der Brigade des Generals Gough besetzt. Alle Höhen sind mit Blockhäusern und Redouten gekrönt, die Umgebung des besetzten Lagers auf tausend Yards rasirt, Brücken und Colonnenwege erbaut u. s. w. Während so die englischen Truppen die vorgeschobenen Posten halten, dringen die Pionniere des Friedens, die Eisenbahnarbeiter, immer mehr gegen Westen vor. Die Bahnarbeiter der Engländer verdienen Bewunderung. Binnen Kurzem werden sie mit drei Bahnen, welche theilweise bereits vollendet sind, in Afghanistan eingedrungen sein und Schumrud, Peiwar und Duettah mit der großen Indusbahn in Verbindung gebracht haben.

In Spanien dauert der parlamentarische Strife der Oppositions-













